

GESUNDHEIT

Die Psychiatrie als Patient



Psychiatrie und Selbsterkenntnis: "Spieglein, Spieglein in der Hand, wer spricht die Wahrheit über Land?"

Die Psychiatrie liegt in Luxemburg schon seit längerem auf der Analyse-Couch. Seit Jahren wird an einem infrastrukturellen Umbau gedoktert in Form einer Entinstitutionalisierung sowie Dezentralisierung. Substantiellere Schwächen der Behandlungsformen an sich wurden erst kürzlich diagnostiziert.

Die Psychiatriereform dümpelt schon seit Jahren dahin. Schon im Jahr 1991 hatte die Regierung beim Zentralinstitut für seelische Gesundheit in Mannheim eine Expertenstudie in Auftrag gegeben. Die so genannte Häfner-Studie empfahl damals, den Aufenthalt psychisch kranker Menschen in einer Klinik so kurz wie möglich zu halten und die Behandlung zu dezentralisieren. Auch sollten die Betroffenen wieder ins Gesellschaftsleben integriert werden. Zu diesem Zweck wurden unter anderem entsprechende Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen gefordert.

Wesentliche Reformschritte erfolgten im Mai 1999: Die Ettelbrücker Klinik wurde aus der Staatsverwaltung entlassen und als Centre hospitalier neuro-psychiatrique (CHNP) zu einer Einrichtung öffentlichen Rechts. Mit diesem Schritt wollte man auch dem Image einer Verwahranstalt entgegenwirken.

Zudem wurde eine Arbeitsteilung zwischen dem CHNP, den außerklinischen Trägern, sowie vier regionalen Krankenhäusern für die Akutpsychiatrie angepeilt.

Als vorbildhaft für die Luxemburger Reformbemühungen galt die saarländische Psychiatrie: Dort wurde das Landeskrankenhaus für Psychiatrie aufgelöst. Stattdessen wurden kleinere Spezialkliniken in den Kreisstädten

gebildet. Akute Fälle sollen auf Gemeindeebene und von mobilen Diensten zuhause betreut werden. Davon ist man in Luxemburg aber noch weit entfernt. Denn die kürzlich von der "Commission consultative des droits de l'Homme" (CCDH) vorgelegte Stellungnahme zur Wahrung der Grundrechte von Personen in psychiatrischen Anstalten, macht erst einmal eine viel elementarere Herangehensweise notwendig.

Repressive Betreuungsmethoden

Mit einer Reihe von Empfehlungen will die Kommission dazu beitragen, die Psychiatrie im Großherzogtum zu verbessern. Insbesondere die Berichte über Missstände im Centre hospitalier neuro-psychiatrique in Ettelbrück gaben den Anlass zu den Recherchen. Besonders die Diskriminierung und Stigmatisierung der psychisch Kranken wurden dabei von der CCDH hervorgehoben. Die Kommission rät zu offenen statt geschlossenen psychiatrischen Anstalten. Behandlungen unter Zwang, wie Isolation und Fesslung, seien stärkeren Regeln zu unterwerfen. Diese dürften nur in außergewöhnlichen Situationen angewendet werden. Zudem, so die CCDH, sei schon seit 1988 gesetzlich vorgesehen, dass ein Vermittler eingesetzt werden muss, damit der Schutz der Patientenrechte gewährleistet ist. Bisher wurde dieser Gesetzesartikel allerdings noch nicht umgesetzt.

Des weiteren fordert die Kommission einen unabhängigen Vermittler, der für die Beschwerden der Patienten zuständig ist. Auch die Einweisung in eine Anstalt müsse in erster Linie eine juristische Entscheidung sein und könne nicht vom behandelnden Arzt alleine getroffen werden. Außerdem solle die im Gesetz von 1988 vorgesehene regelmäßige Bestandsaufnahme im Psychiatriebereich endlich umgesetzt und dem Parlament vorgelegt werden. Schließlich wird die Regierung aufgefordert die nötigen Infrastrukturen zu schaffen, Personal zur Verfügung zu stellen und für Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen. Auch sollte eine angemessene Kinder- und Jugendpsychiatrie, die längere Betreuungsmöglichkeiten impliziert, vorgesehen sein.

"Es ist gut, dass es den Rapport gibt", so Jean Huss von Déi Gréng. Der grüne Abgeordnete fühlt sich in den vorangegangenen Initiativen bestätigt.

Denn schon im Jahr 2004 hatten Déi Gréng schwere Vorwürfe gegen das psychiatrische Krankenhaus in Ettelbrück erhoben: Im CHNP hätte keine Reform stattgefunden. Im Gegenteil: Es seien massive Funktionsstörungen, Verletzungen der Patientenrechte sowie der Menschenwür-

de zu befürchten. Eine grüne Arbeitsgruppe "santé mentale" wurde gegründet, um sich mit dem Stand der Psychiatrie in Luxemburg auseinander zu setzen.

Keine Transparenz

Schon damals wurde beanstandet, dass es kaum gesetzliche Kontrollinstanzen gibt und dass die Patienten, was die Einweisung und die Dauer der stationären Zwangsbehandlung betrifft, einzig dem begutachtenden Psychiater ausgeliefert sind.

In punkto Zwangsmassnahmen wie etwa das Fixieren oder Isolieren von Patienten fehlten sämtliche Kriterien darüber, wann, durch wen und wie lange solche Maßnahmen durchgeführt werden dürfen. Zudem sollte Zwang nur angewandt werden, wenn alle anderen Mittel gegen aggressive Insassen versagt haben. Entsprechende Maßnahmen müssten dann auch sorgfältig dokumentiert und vom Arzt genehmigt werden. Kritisiert wurde des weiteren von Déi Gréng, dass im CHNP die Patientenakten lückenhaft geführt würden und die Informationspraxis mangelhaft sei.

Damit Luxemburgs Psychiatrie endlich internationalen Standards entspricht, wurde Ende 2004 von Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo (LSAP) eine weitere Studie in Auftrag gegeben. Das Fazit der so genannten Rössler-Studie fiel eindeutig aus: Der Reformprozess in der Psychiatrie würde stocken. Einerseits würde die Bedeutung des quantitativen und qualitativen Ausbaus der außerstationären und der diagnosespezifischen Angebote noch nicht entsprechend berücksichtigt. Andererseits verwies die Studie explizit darauf, dass Voraussetzungen zur Qualitätssicherung der psychiatrischen Versorgung zu treffen sind: "Der Umgang mit Risikosituationen, einschließlich Zwangsmassnahmen, ist zu regeln und kontinuierlich zu dokumentieren. Die Behandlung soll so weit wie möglich auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Dies beinhaltet die Einführung klinischer Leitlinien (...) Größere Institutionen benötigen in der Regel einen fest angestellten Qualitätsbeauftragten".

Die nun in dieser Woche von der Menschenrechtskommission vorgelegte Stellungnahme zur Psychiatrie und zum Respekt der Menschenwürde lässt sich somit nahtlos in die bisherige Kritik an einem schleppenden Reformprozess einreihen. "Die Stellungnahme des CCDH kommt etwas spät, ist aber berechtigt. Als Patientenvertretung haben wir auch von Isolationspraktiken gehört und davon, dass Patienten fixiert wurden - mit dem Argument, das sei Teil der Therapie. Wenn eine menschliche Therapie gewollt ist, dann muss sie klar geregelt und permanent überprüft werden", so Roland Kolber von der Patientenvertretung.

"Es ist nun wichtig, dass man die Sache nicht wieder schleifen lässt", so Jean Huss und erwähnt, dass er in einem Appell an den Minister dazu aufruft, endlich den nationalen Aktionsplan umzusetzen.

Christiane Walerich

Toujours la même rengaine

Comment expliquer au public le licenciement de 180 salarié-e-s sur les 480 restant-e-s du site luxembourgeois de Villeroy et Boch? Tel fut l'exercice auquel s'adonnèrent les dirigeants du fabricant de porcelaine lors d'une conférence de presse ce mercredi. C'est tout d'abord la faute aux consommateurs, qui snobent de plus en plus les produits en porcelaine. Ensuite, ce sont les Chinois qui piratent des produits de qualité en masse. C'est également la faute à certains Etats (dont le Luxembourg) qui freinent la prise de décision européenne concernant le marquage des produits. Finalement, les patrons de V&B ne se réjouissent pas du tout que, depuis l'entrée de la Chine dans l'organisation mondiale du commerce (OMC), les quotas à l'importation vers l'Europe aient disparu. Mais c'est aussi la faute à la législation sociale luxembourgeoise. D'ailleurs, Wendelin von Boch et Nicolas-Luc Villeroy ont une réponse toute faite: les coûts salariaux trop élevés (37.000 euros par an pour un-e salarié-e au Luxembourg, 1.500 en Chine) et le manque de flexibilité du salariat. Pour Jeannot Krecké, ministre socialiste de l'économie, l'équation est simple: il faut plus de modération salariale pour maintenir les emplois. Original.

Haftanstalt: Kolateralschäden

Imagepflege betrieb Luc Frieden am gestrigen Donnerstag bei seiner Pressekonferenz zum Thema Haftanstalt. Die Kommunikationspolitik in Sachen Strafvollzug sei nicht gut gewesen. Dies erkläre auch die zahlreichen sachlichen Fehler, die anlässlich des Brandes im Januar in der Schrässiger Haftanstalt in der Berichterstattung aufgetaucht seien. Er wolle deshalb in Zukunft auf dieser Ebene verstärkt aktiv werden. Nach einer Aufzählung der Verbesserungen, die unter seiner Ägide im Bereich des Strafvollzugs geschehen seien - zusätzliches Personal, Aufbau eines "Service socio-éducatif", bessere medizinische Begleitung der Häftlinge - kündigte der Justizminister den Einsatz einer "Task Force" an, die in den Dossiers "Drogen und Sicherheit" und "Neues Gefängnis" Vorschläge auf den Tisch legen soll. Angekündigt wurde auch der Baubeginn eines "Centre de rétention" für den Herbst und der "Unité fermée" für Minderjährige in Dreiborn ab 2007. Sogar für den Zugang der Presse zur Haftanstalt, natürlich kollektiv und unter Aufsicht des Ministeriums, ist der Justizminister endlich zu haben, nachdem er unter anderem der woxx schon mal den Zugang verweigert hatte. Zum Tod eines Häftlings beim Brand im Gefängnis brachte Frieden nun ein "leider verstorben" über die Lippen. Doch Ursachenforschung über die Gründe des Brandes zu betreiben, nachdem immerhin sieben Personen nun von Abzuschiebenden zu Untersuchungshäftlingen geworden sind, so weit ging die Kommunikationsbereitschaft denn doch nicht. Für die individuellen Dossiers der Abschiebehäftlinge sei das Außenministerium zuständig. Und schließlich, so Frieden, seien Brände wie die Drogenproblematik oder Selbstmorde in einem Gefängnis unvermeidbar: "Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Vorfälle passieren."

Kulturlandschaft

Die Kulturszene Luxemburgs macht sich Sorgen über die Folgen der Regierungsumbildung: Statt des Ministers François Biltgen soll sich fortan die Nur-Staatssekretärin Octavie Modert um das Kulturressort kümmern. Dass sie weiterhin die Landwirtschaft betreut, ergibt Sinn: Schließlich war Luxemburg ein Agrikulturland, lange bevor es sich zum Kulturland erklärte. Ein Trumpf der Staatssekretärin ist ihr hoher Unterhaltungswert - man erinnere sich nur an ihre Versprecher bei der Erklärung zum jüngsten BSE-Fall, wo aus dem Stier eine Milchkuh wurde. Und so stellen wir uns die Eröffnungsrede zum Kulturjahr vor: "Stargast ist ein berühmter Impressionist ..." Getuschel. "Stargast ist ein berühmter ... Komponist!?" Wieder Getuschel. "Ja, also ... dann eben ein Violinist!"